

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Willi Görlach MdEP zur
Notwendigkeit einer ei-
genständigen Kinder-
politik: Milliarden für
Kriege, für Kinder fast
nichts.

Seite 1

Dr. Peter Glotz MdB
zum Erfordernis reali-
stischer Analysen und
wachem Handeln in der
Außenpolitik: Schluß
mit der Selbsthypnose!
(Teil II)

Seite 2

Horst Kubatschka MdB
zur Notwendigkeit einer
umweltverträglichen
Entsorgung von Autos:
Müllvermeidung an der
"Quelle" betreiben.

Seite 5

47. Jahrgang / 5

8. Januar 1992

Milliarden für Kriege, für Kinder fast nichts Zur Notwendigkeit einer eigenständigen Kinderpolitik

Von Willi Görlach MdEP

Vergessen das Leid, das der Golfkrieg auch über unzählige Kinder gebracht hat? Abgehakt die Milliarden, die allein die Bundesrepublik für die Kriegsfinanzierung bereitgestellt hat? Mit dieser Situation dürfen wir uns nicht abfinden. Kinderpolitik muß endlich zu einem eigenständigen Politikbereich gemacht werden.

Erschütternde Zahlen: 100 Millionen Kinder zwischen sechs und elf Jahren besuchen keine Schule. Über 50 Millionen Kinder müssen unter erschreckenden Bedingungen arbeiten, auch in einigen europäischen Ländern. In den Entwicklungsländern sterben täglich über 40.000 Kinder an Unterernährung und Krankheiten.

In Europa ist ein Ansteigen der umweltbedingten Krankheiten festzustellen. Allein in den alten Bundesländern leidet heute jedes dritte Kind an einer Allergie, wobei Erkrankungen der Atemwege besonders häufig auftreten. Nimmt man die neuen Bundesländer hinzu, dürfte diese Zahl drastisch höher liegen. Ein warnendes Beispiel liefern hier Polen und die CSFR. So ist in der Tschechoslowakei durch die hohe Schadstoffbelastung die mittlere Lebenserwartung bereits um zehn Prozent reduziert. Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit in Südpolen ist dreimal so hoch wie im europäischen Durchschnitt. Geringere Lebenschancen haben aber auch die Kinder in den englischen Kohlerevieren.

Wir dürfen nicht müde werden anzuprangern, daß bei uns wie in anderen Staaten um jede Mark für Kinderhilfsmaßnahmen gekämpft werden muß, für die Kriegsfinanzierung aber im Handumdrehen Milliarden freigesetzt werden. Anstrengungen auf allen politischen Ebenen sind gefragt, angefangen bei den Kommunen, die für gesunde und kinderfreundliche Bedingungen sorgen müssen, über den Beitrag der Länder, die in der Bundesrepublik die Verantwortung für Kinderbetreuung, Bildung und auch Gesundheitsschutz tragen, bis zur Bundesregierung, die in der Familien-, Sozial- wie Umweltpolitik vielfältige Möglichkeiten hat, die Lebensbedingungen und Zukunftschancen von Kindern zu verbessern.

(-/8. Januar 1992/ks/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher Druck
mit 100% recyceltem Rohmaterial
Kreuzlinnen-Papier



Schluß mit der Selbsthypnose (Teil II)

Zum Erfordernis realistischer Analysen und wachem Handeln in der Außenpolitik

Von Dr. Peter Glotz MdB*

II.

Deutschland ist, wenn wir es mit anderen vergleichen, ein reiches Land. Eine reiche Zweidrittelgesellschaft; der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geht es gut - aber es wächst die Zahl derer, die gekniffen sind. Die Gefahr ist nicht wirtschaftlicher Niedergang. Ich glaube eher, daß Deutschland - trotz der ungeheuren Belastung durch die Vereinigung - in einem Jahrzehnt immer noch oder wieder die stärkste Volkswirtschaft Europas und eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt sein wird. Aber ich fürchte, daß wir abhängig werden könnten; von Japan zum Beispiel. Und ich fürchte, daß wir uns verhärten müssen, enliberalisieren - weil wir es versäumt haben werden, unseren ganzen Kontinent zu entwickeln. Ich beneide die jungen Leute nicht, die irgendwann am Anfang des 21. Jahrhunderts an der Oder die gleiche Aufgabe übernehmen werden, die junge Amerikaner am Rio Grande wahrnehmen.

Was das Thema europäischer Selbständigkeit betrifft, halte ich mich als Person ganz zurück. Ich zitiere einfach einen Verband, der ganz und gar nicht im Verdacht stehen kann, sozialdemokratisch infiltriert zu sein, den Bundesverband der Deutschen Industrie. In einer Analyse "Industriepolitik im Hochtechnologiebereich" schrieb dieser Verband am 21. Oktober 1991: "Bei Halbleitern steigerten japanische Unternehmen den Weltproduktionsanteil von knapp 40 Prozent aus dem Jahr 1980 auf 50 Prozent im Jahr 1990; bei modernen Speicherchips halten sie sogar 90 Prozent, bei Mikroprozessoren haben amerikanische Unternehmen 80 Prozent Weltmarktanteil. Die Position der europäischen Unternehmen ist durch zunehmend defizitäre Handelsbilanzen mit Japan und durch rote Zahlen aller europäischen Chip- und Computerhersteller gekennzeichnet. Der Weltmarktführer im Werkzeugmaschinenbau, die japanische Firma Fanuk hat einen höheren Gewinn als der größte nicht japanische Konkurrent Umsatz. Besonders bedenklich ist, daß auch die Systemstärke der deutschen Industrie, die Verbindung von Hardware und Software verlorenzugehen scheint."

Fraglich ist, ob Europa im Bereich Informationstechnik für japanische Unternehmen überhaupt noch ein kompetenter Partner ist, mit dem sich Kooperationen lohnen.* Wenn angesichts solcher Gefahren die Bundesregierung unter dem Druck der FDP immer noch einen industriepolitischen Dialog zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften verwelgert, handelt sie schlicht und einfach verantwortungslos. Der Etat der Bundesregierung für Zinsen und Tilgungen, also für vergangenen Wohlstand ist mit 55,4 Milliarden Mark im Jahr sechs mal so hoch wie der für Zukunftsinvestitionen der Forschung. Eine Regierung die gegenüber der Zukunft so versagt, muß so rasch als möglich in Pension geschickt werden!

Ich will es mir nicht so einfach machen, nur die Regierung zu kritisieren. Auch manche unserer Unternehmen verdienen Kritik. Die Japaner haben zum Beispiel in einer Zeit 850 Millionen in die Produktionsstätten von Videogeräten investiert, als das Wachstum dieses Marktes keineswegs absehbar war. Japanische Unternehmen erhalten heute Profite für ihre Visionen, der Markt belohnt ihre Weitsichtigkeit. Natürlich kann wirtschaftlicher Erfolg nicht nur von Regierungen herbeientschieden werden; er braucht risikoreiche und mutige Unternehmen. Als einer, der für die Marktwirtschaft nicht erst seit dem Konkurs der Planwirtschaft eintritt, sondern schon sein ganzes Leben lang, habe ich nicht das geringste Problem für risikobereite Unternehmer diejenigen Rahmenbedingungen zu fordern, die notwendig sind, damit wir bei strategischen Hochtechnologieprodukten unsere Stellung halten beziehungsweise ausbauen können.

* Dr. Peter Glotz trug diese Gedanken auf dem Dreikönigstreffen der bayrischen SPD am 6. Januar in München vor.

Aber eins ist doch klar: Es wird von Tag und Tag sichtbarer, daß die neoklassische Ökonomie vor den Problemen unserer Jahre versagt. Die Japaner können in unseren Markt eindringen, weil sie von einer sicheren Heimatmarktbasis aus operieren; der japanische Markt ist viel geschützter als der europäische und der amerikanische. Die Preise japanischer Waren sind in Japan deutlich höher als im Ausland. Das heißt: Wir lassen uns brutale Dumpingangriffe gefallen und feiern sie noch als Marktwirtschaft. Wenn man den Grafen Lambsdorff hört, den ich wegen seiner klaren Sprache durchaus respektiere, dann sieht die Sache doch so aus: Wenn die Japaner die modernen Chips nach Europe exportieren und dort langsam zum Monopol kommen, dann ist das auch nicht schlimm. Hauptsache, wir importieren umgekehrt auch etwas nach Japan, wo wir dann nahe ans Monopol herankommen, zum Beispiel Kartoffelchips. Ich erlaube mir die Feststellung: Wer nicht in der Lage ist zwischen strategischen und nichtstrategischen Produkten zu unterscheiden und die europäische Industrie bei strategischen Produkten der Abhängigkeit von einem ganz bestimmten Land aussetzt, der produziert Abhängigkeit, Arbeitslosigkeit und Deklassierung. Solchen Leuten sollte man die Verantwortung für unsere nationale Wirtschaftspolitik nicht anvertrauen!

Meine zweite innenpolitische Bemerkung gilt dem Prozeß der Vereinigung. Er hat zwei Aspekte; einen ökonomischen und einen psychologischen. Ich sage: wir werden es schaffen, aus den zwei Hälften Deutschlands ein Land zu machen. Aber daß die Bundesregierung noch bis in den März des Jahres 1991 hinein so tat, als ob die deutsche Einheit ohne Opfer der Westdeutschen, ohne Steuererhöhungen und durch die Allheilkräfte des Wettbewerbs und des Mittelstandes zu bewältigen sei, war eine der schlimmsten Biasen des "perspektivischen Redens", sprich des Lügens, das sich je eine Bundesregierung geleistet hat! Die Sozialdemokratie darf nicht müde werden, diese dreiste Unwahrheit immer wieder anzuprangern. Und sie sollte auch nicht vergessen, daß es unter ihnen einen gegeben hat, der schon mitten in der Wahl den falschen Frieden des "perspektivischen Redens" gestört hat. Der Mann hieß übrigens Oskar Lafontaine und ist nicht ausgewandert.

Schlimmer als die ökonomischen sind die psychologischen Probleme. Für die ökonomischen werden wir ein Jahrzehnt brauchen; für die psychologischen eine ganze Generation. Wie schwer wird es sein, all das Gift zu überwinden, das wir durch die Abwicklung von Fernsehanstalten, von Hörfunksendern, von Fachbereichen und Museen, die Zerstörung von Verlagen zum Beispiel in der Region Berlin freisetzen. In dieser Stadt wird jeden Tag irgendwo ein Mensch aufs Abstellgleis gesetzt, weil er genau das getan hat, was die erdrückende Mehrheit von uns Wessis auch täglich tut: mit den jeweils herrschenden Gruppen Kompromisse machen. Unser Glück ist nur, daß unsere herrschenden Gruppen effizienter, und an einen rechtsstaatlichen Rahmen gebunden sind. Ich schlage vor, daß wir daraus nicht allzuviel moralischen Hochmut folgern.

Ich rede von dem seltsamen Gemisch von Gerechtigkeitsempfinden, Rachsucht, Denunziation, Antikommunismus und protestantischer Glaubwürdigkeitsphilosophie, die die tägliche Stasi-Diskussion durchtränkt. Ich räume ein: Es gibt keine einfache, geniale Lösung des Problems, sozusagen in einem Hieb. Aber ich flehe uns alle an, wenigstens eins sicherzustellen: Sorgen wir dafür, daß dieses Problem nicht auch noch in die Hände der Juristen fällt - ich bitte die anwesenden Juristen höflich um Verzeihung. Aber wenn ich höre, wie erbarmungslos so manch einer deduziert: Die Nazis hätten wir nach 1945 ja leider nicht richtig an den Kanthaken gekriegt; das sei jetzt auch nicht mehr nachzuholen. Daraus aber müsse man lernen, daß man die Kommunisten an den Kanthaken kriegen müsse. Und deswegen müsse man zu allererst einmal den Rechtsfrieden dadurch wiederherstellen, daß man die "Mauermörder" vor Gericht stelle. Wenn man aber die "Mauermörder" vor Gericht stelle, müsse man erst recht Erich Honecker vor Gericht stellen. Die liberalere Sorte fügt dann hinzu: Und es muß ihm ein ganz fairer Prozeß gewährleistet werden, mit dem Risiko, daß man ihn freisprechen müsse. Die Konservativen stimmen dem zwinkernd zu, lassen aber deutlich werden, daß man schon ein paar Paragraphen finden werde, mit denen man an der Tatsache vorbeikommt, daß die DDR unter

einem anderen Recht lebte (es war häufig ein Unrecht) als die Bundesrepublik. Wenn ich also diese ganzen Deduktionen höre, dann bete ich auf meine religiös-unmusikalische Weise zu meinem Gott und flehe: Erleuchte sie oh Herr, erleuchte sie.

Was ich mir wünsche, ist politische Klugheit, Mäßigung und republikanischer Pragmatismus. Auf den Fall Honecker angewandt: Es ist großartig, daß dieser verholzte Mensch anderen Menschen nicht mehr befehlen kann. Aber eine Regierung, die ganze Städte damit beschäftigt, andere Länder unter Druck zu setzen, damit ein krebserkrankter, 79-jähriger Mann, der sowieso die Welt nicht mehr versteht, für die letzten Monate seines Lebens in das Stammheimer oder ein Berliner Gefängnis kommt, ist, mit einem vollen, lutherischen Wort gesprochen eine Sch...lechte Regierung. Um aber auch noch in dem Ton des guten Hirten zu sagen, der der deutschen politischen Atmosphäre angemessener ist als sich ein Kraftausdruck, zitiere ich den Pfarrer Schorlemmer, der auf dem Alternativen Juristentag folgendes gesagt hat: "Es gibt sehr viele anonyme Denunziationen und Erwartungen an andere endlich reinen Tisch mit den roten Socken zu machen. Die nun auf dem Boden liegenden Herren von gestern sollen heute kräftig getreten werden. Das Entlastungsbedürfnis richtet sich, medienverstärkt, insbesondere auf den damaligen Staatsratsvorsitzenden. Wer ein Wort für ihn einlegt, wird zu seinesgleichen erklärt. Ich deute dies auch als Äußerungsform des Selbsthasses von Untertanen. Die Rachepose ist eine Variation vierzigjähriger Feigheit, der man sich nicht zu stellen wagt. Hier tut schmerzliche Selbstaufklärung über unser aller Verstrickungen in einem totalitären System Not." Ich stimme dem Pfarrer Schorlemmer zu.

Meine dritte innenpolitische Bemerkung zielt auf den Fremdenhaß, genauer gesagt: Auf das einträgliche Geschäft, mit Fremdenhaß die eigenen Umfrage- und Wahlergebnisse zu verbessern. Dieses Geschäft versteht die CSU meisterhaft. Wir Sozialdemokraten sind bisher immer darauf hereingefallen; es sieht danach aus, als ob wir wieder darauf hineinfallen würden. Für unsere Fehler sind wir selber verantwortlich. Für das Aufschaukeln des Problems aber, für die bewußte, gezielte Zuspitzung eines existierenden, nicht wegzuleugnenden, aber auch zu bewältigenden Problems mache ich zweitrangige, aber unzweifelhaft begabte Demagogen verantwortlich. Einer heißt zum Beispiel Erwin Huber, ein anderer Johannes Gerster. Diese Zuspitzer sind für ihre Parteien nützlich, aber sie betreiben verächtliche Arbeit.

Wir Sozialdemokraten halten, schon aufgrund unserer eigenen Geschichte das Grundrecht auf Asyl für unantastbar. Aber wir sollten uns auch klarmachen, daß es wiederum nicht um eine juristische Debatte geht, also um die Frage, ob man den Artikel 16/2 oder den Artikel 19/4 des Grundgesetzes ändert oder nicht. Es geht um ein politisches Problem, und dieses politische Problem heißt: Wie kann man vermeiden, daß Fremde, die wir annehmen und aufnehmen müssen, in einen unerträglichen Konkurrenzkampf mit den untersten Schichten der deutschen Erwerbsbevölkerung geraten. Dieses Problem ist schwierig, aber es ist lösbar. Zum Beispiel ist es besser eine riesige Anstrengung für den sozialen Wohnungsbau zu machen, als zuzusehen, wie deutsche Unterschicht und hereinströmende Fremde sich gegenseitig um Wohnungen schlagen und dadurch ein neuer Faschismus produziert wird. Wir Sozialdemokraten sind für eine vorausschauende Sozialpolitik und gegen das demagogische Gegeneinanderauspielen der Schwachen je nach ihrem unterschiedlichen Heimatland und Heimatort.

Wer dieses politische Problem identifiziert hat, der muß dann aufhören, nur von Asylbewerbern zu reden. Er muß genauso von Aussiedlern reden. Und er muß, ohne die Probleme blind durcheinanderzuwerfen, natürlich auch von ausländischen Arbeitnehmern reden. Zum Beispiel muß er sich Rechenschaft darüber ablegen, daß unser Wirtschaftswachstum seit den fünfziger Jahren niemals so groß hätte sein können, wenn Ausländer es nicht mit uns erarbeitet hätten. Es ist unanständig, diese Leistung jetzt zu verkleinern!

Deswegen ist es im übrigen auch notwendig, ein Einwanderungsgesetz zu machen, und Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollen, die Chance zu geben, zu uns zu kommen. Das sagt die Industrie, das sagen unsere Sozialeinrichtungen, die Pfleger und Pflegerinnen brauchen, das sagt die Hotellerie, ich sehe es gar nicht ein, warum es nicht auch Sozialdemokraten sagen sollten. Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland wie die Ver-

einigten Staaten, weil unser Land kleiner, dichter bevölkert, ökologisch belasteter ist. Aber es ist selbstverständlich seit vielen Jahrzehnten auch ein Einwanderungsland. Wir sollten uns um diese Erkenntnis nicht herumdrücken.

Und den Sozialdemokraten, den Freunden aus den christlichen Kirchen und manchen anderen möchte ich noch eine besondere Fußnote widmen. Sie lautet: es ist falsch, so zu tun, als ob Ausländer immer nur Objekte der Barmherzigkeit, notwendigerweise Sozialhilfeempfänger, automatisch die Schwächsten der Schwachen seien. Gleichgültig unter welcher Benennung Ausländer zu uns kommen, ob sie politisch verfolgt sind oder behaupten politisch verfolgt zu sein, ob sie eine deutsche Großmutter haben oder behaupten eine deutsche Großmutter zu haben, oder ob sie einfach ehrlich zugeben: Wir wollen im reichen Deutschland tüchtig arbeiten und tüchtig Geld verdienen - immer ist es das Beste, solche Menschen - wenn man sie hereinläßt - rasch zu integrieren, ihnen rasch Arbeitsplätze zu geben, ihnen rasch die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Geld zu verdienen und ihnen rasch die Möglichkeit zu geben, volle Rechte auszuüben.

Und deswegen sage ich: Wir haben die Zahl der Aussiedler in diesem Jahr 1991 schon begrenzt; das war notwendig. Wir müssen auch die Zahl der Asylbewerber, in den rechtlichen Grenzen in denen das möglich ist, beschränken. Hoffentlich geschieht das im Jahr 1992. Und darüber hinaus müssen wir eine Quote von Menschen akzeptieren, die wir in bestimmten Berufen brauchen. Den Barmherzigen - die wir durchaus brauchen - ins Stammbuch geschrieben: Ausländer - alle diese Ausländer - können nicht nur von Sozialhilfe leben oder Dreckarbeit machen, sie könnten auch so gut sein, daß sie - wenn man sie läßt - irgendwann einmal die Vorgesetzten des einen oder anderen unserer Kinder werden. Nur wer das akzeptiert, ist von jedem Rassismus, von jedem Nationalismus und jedem Hochmut frei.

(-/8. Januar 1992/rs/ks)

(Den dritten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

Müllvermeidung an der "Quelle" betreiben **Zur Notwendigkeit einer umweltverträglichen Entsorgung von Autos**

Von Horst Kubatschka MdB

Mit einer kleinen Anfrage fordert die SPD-Bundestagsfraktion, daß endlich eine umweltverträgliche Entsorgung von Schrottautos sichergestellt wird.

Mit der Einrichtung von Pilotanlagen zur Demontage von Altautos und der Ankündigung einer kostenlosen Rücknahme ist zwar ein erster Schritt getan. Mit Blick auf die Automobilhersteller ist aber eine umweltverträgliche Konstruktion von Kraftfahrzeugen, die sich nicht nur auf die eingesetzten Materialien, sondern auf den gesamten Produktionsprozeß erstreckt, erforderlich. Es geht im Prinzip wie beim Hausmüll nicht in erster Linie darum, daß der Autoschrott mit hohem Energieaufwand wiederverwertet wird. Es geht vielmehr um Müllvermeidung an der Quelle. Es geht darum, daß wir mit Energie und Rohstoffen sparsam umgehen. Und es geht darum, den problematischen und hochbelasteten Müll aus den Schrottautos so weit wie möglich erst gar nicht entstehen zu lassen.

Die Zahl der Autos, die jährlich aus dem Verkehr gezogen werden, stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an. Sie belief sich 1990 allein in den alten Bundesländern auf 2,6 Millionen Fahrzeuge. Doch angesichts knapper Deponieflächen und höherer Anforderungen an die Ablage-

rung von Shredder-Abfall wird der Autoschrott immer mehr zum Problem. Ein Kraftfahrzeug besteht heute aus einer Vielzahl unterschiedlicher Stoffe und Materialien, die einer umweltgerechten Entsorgung im Wege stehen. Zwar werden die Metallteile, die etwa 75 Prozent des Gewichts eines Autos ausmachen, nahezu vollständig einer Wiederverwertung zugeführt, doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Restfraktion eines Schrottautos enorme Probleme bei der Entsorgung bereitet. Das beginnt bei den Kunststoffen, deren Anteil ständig zunimmt und heute schon durchschnittlich 13 Prozent beträgt, und setzt sich fort mit Stoffen wie Glas und Gummi, die knapp zehn Prozent ausmachen. In diese Problem-Kategorie fallen auch sämtliche Betriebsflüssigkeiten - ein Gemisch unterschiedlichster Art und Giftigkeit, in dem beispielsweise auch polychlorierte Biphenyle (PCB) entstehen. Ferner sind undefinierbare Verbundmaterialien und mit diversen Zusatzstoffen behandelte Textilien enthalten. Ebenso gehören dazu Schwermetalle in Autolacken, Materialien mit halogenierten Kohlenwasserstoffen und Klimaanlage mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FKW).

Alle diese Stoffe landen nach der Zerkleinerung der Automasse im Shredder und nach der Magnetabscheidung der Metalle in der Regel auf den Hausmülldeponien. Zuvor ausgebaut und wiederverwertet werden bislang lediglich Teile wie Motoren, Getriebe und Kühler, die noch einen Verkaufswert besitzen. Nach der "Technischen Anleitung Abfall" (TA Abfall) wird die Shreddermüll-Leichtfraktion künftig jedoch als Sonderabfall eingestuft und muß sachgerecht entsorgt werden. Bei den jährlich rund 2,6 Millionen Schrottautos kommt immerhin eine stattliche Gewichtsmenge von über 500.000 Tonnen Shredder-Abfällen zusammen. Für die nächsten Jahre wird die Menge noch weitaus größer werden.

Dieser Abfallexplosion und Ressourcen-Vergeudung muß dringend Einhalt geboten werden. Bereits vor einem Jahr hat Bundesumweltminister Töpfer deshalb eine Verordnung angekündigt. Aber bis heute ist nichts passiert. Praktisch alle Fragen sind noch offen.

Von der Bundesregierung will ich unter anderem wissen,

- welcher Forschungsbedarf für die Gestaltung einer umweltverträglichen Entsorgung von Kraftfahrzeugen besteht und welche Forschungsvorhaben bisher von der Bundesregierung gefördert wurden;
- ob das geplante Autoschrott-Recycling erst für eine neue Autogeneration gelten soll oder schon für die bereits in Verkehr befindlichen über 36 Millionen Kraftfahrzeuge;
- wer die Kosten für die Rücknahme von Altautos und deren Verwertung tragen soll;
- ob eine Möglichkeit besteht, die FKW aus Klimaanlage nahezu vollständig zu erfassen, und in welchem Umfang diese Möglichkeiten angewendet werden;
- welche Möglichkeiten bestehen, die Shredder-Abfälle umweltverträglich zu beseitigen, und wie diese Abfälle derzeit tatsächlich entsorgt werden.

Solange der "Ankündigungsminister" keine Taten folgen läßt, werden weiterhin Millionen nicht recyclingfreundlicher Autos auf den Markt geworfen. Es ist deshalb höchste Zeit, daß dem überflüssigen, unwerkbaren und auch gefährlichem Abfall bei Altautos der Kampf angesagt wird.

(-/8. Januar 1992/rs/ks)
